



## **Auf der Suche nach Kommunikation und Kooperation - Eine Analyse ausgewählter Themen mit IKZM-Bezug in der Odermündungsregion**

Tim Barkmann

Hochschule Neubrandenburg

### **Abstract**

In this article the communication and cooperation as crucial points of Integrated Coastal Zone Management (ICZM) are described and assessed within four selected subjects with relevance to ICZM in the Oder estuary region. The subjects are based on an existing problem portfolio developed by Hoffmann (2007, 2008) and the cognition that a regional ICZM has to be based on regional challenges and goals. The chosen subjects are the water supply of the Isle of Usedom, the process of planning a marina along the coast of the Isle of Usedom, the regional translation of the European Water Framework Directive and the drawing of management plans for Special Areas of Conservation in the region. The spatial focus, depending on the subjects, varies from the Isle of Usedom to the whole region of interest that consists of the Szczecin Lagoon, the Pommeranian Bay and the two administrative districts of Ostvorpommern and Uecker-Randow.

The first part of this article describes the subjects and stakeholders and discusses the problems and the communication. In the second part, conflicts, approaches and hindrances are discussed. The methods being used are the analysis of the relevant documents and the local press and field survey. For the field survey focused interviews and narrative interviews had been used, depending on the individual abilities of the interviewed stakeholders.

After analysing the chosen subjects it became clear, that there are two different classes of subjects – regional and directive-based subjects. The clearest distinctions between the two classes of subjects are the following. The rules for the directive-based subjects are clearly defined; those for the regional subjects are not. The stakeholders for the directive-based subjects are named; those for the regional subjects are not. For the directive-based subjects a broad consent is defined for the contemplated measures like the local renaturation of waterbodies; for the regional subjects the stakeholders have to decide how to accomplish the goals on their own after defining them. Here the problem is that every stakeholder likes to achieve his individual aims and this thwarts the problem-solving processes. Thus, the communication and cooperation within the directive-based subjects is good and an intervention is not necessary. For the regional subjects an intervention may be expedient to improve communication. In conclusion communication and cooperation within the analysed subjects could be found. In parts they depend on rules and directives – otherwise on individual interests. A comprehensive view is still missing.

To improve the communication- and cooperation-process, a focal point should be found. Tourism could provide the basis for an overarching communication process, because many regional stakeholders are more or less directly linked to tourism and tourism in general causes a lot of (regional) spatial conflicts. This may bring the local and regional stakeholders to deal with the (especially local) subjects in common to generate the best possible alternative for the common good and forms the basis to establish an ICZM in the region.

Concluding it has to be emphasised that ICZM can initiate and give advice to local communication processes as an informal regional supporting framework, but it neither releases local stakeholder from their responsibilities nor establishes a new hierarchical level.

### **1 Einleitung**

Auf der Grundlage der Empfehlung 2002/413/EG wurde von der Europäischen Kommission die Nationale Strategie eines Integrierten Küstenzonenmanagements formuliert. Dieses Integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM) „will dazu beitragen, den Küstenbereich als ökologisch intakten

und wirtschaftlich prosperierenden Lebensraum für den Menschen zu entwickeln und zu erhalten“ (BMU 2006a:57). Als informeller Ansatz unterstützt IKZM eine nachhaltige Entwicklung des Küstenbereichs mittels guter Integration, Koordination, Kommunikation und Partizipation, ohne dabei ein eigenständiges Planungs- oder Entscheidungsinstrument zu sein. Jedoch soll IKZM alle Planungsebenen durchdringen und zur Konfliktlösung beitragen. Der Prozess soll „*bottum-up*“ mit „*top-down*“ Ansätzen kombinieren, um für unterschiedliche Probleme adäquate Ansätze zu finden (BMU 2006b). Hinsichtlich dieser Definitionen sind es die Punkte Koordination, Kommunikation und Partizipation, die in diesem Artikel im Schwerpunkt stehen, wobei Kommunikation und Kooperation als Schlüsselemente zur regionalen Umsetzung eines IKZM betrachtet werden. Hinzu kommt der Ansatz, dass IKZM grundsätzlich ein informelles Instrument sein soll, woraus sich der Anspruch ergibt, dass IKZM in bereits bestehende Strukturen implementiert werden muss. Eine bestehende Kommunikationsstruktur könnte bei der Implementierung unterstützend wirken. Auch unter diesem Gesichtspunkt sollen ausgewählte Themen nach den Aspekten Kommunikation und Kooperation geprüft und bewertet werden. Hierbei soll festgestellt werden, inwieweit Kommunikation auch themenübergreifend vorhanden ist und als Ansatz für die Umsetzung eines IKZM in der Region existiert.

Nach Vorstellung von Herangehensweise, Themenauswahl und Methodik werden die ausgewählten Themenkomplexe einzeln dargestellt und anschließend bewertet. Hierbei wird der Teil der Darstellung in der Regel dem Schema Problemdarstellung, räumliche Verortung, Akteursfeld und bestehende Kommunikation folgen. Der Teil der Bewertung folgt in der Regel dem Schema Konflikte, Lösungen und Hemmnisse. Die darstellende Analyse und Bewertung werden abschließend in einer Gesamtbewertung bezüglich der betrachteten Aspekte Kommunikation und Kooperation zusammengeführt.

Des Weiteren ist unter der Prämisse des Durchdringens aller Planungsebenen auch die Frage interessant, ob als Basis für die Kommunikation und Partizipation ein gemeinsames Schlüsselthema sinnvoll wäre und welches Thema für die Forschungsregion als geeignet erscheint.

Auf der Suche nach Kommunikation und Kooperation in Zusammenhang mit der Forschung für ein integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion wurde eine umfassende Befragung relevanter Stakeholder in mehreren Themenkomplexen zu diesen Aspekten durchgeführt und ausgewertet, um aufzuzeigen, ob, und wenn ja inwieweit, bereits eine für ein IKZM relevante Kommunikationsstruktur existiert. Die regionale Abgrenzung wird aus diesem Ansatz bereits deutlich, wobei die analysierten Themen jeweils unterschiedlichen räumlichen Abgrenzungen unterliegen. Generell umfasst das Forschungsgebiet das Stettiner Haff und die Pommersche Bucht, wobei landseitig die Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow betrachtet werden (Dehne & Fichtner 2008b).

## **2 Herangehensweise und Methodik**

Vor dem Hintergrund, für die Forschungsregion im weiteren Forschungsverlauf einen regionalen IKZM Ansatz zu beschreiben, wurde unter anderem eine Analyse ausgewählter Themen mit IKZM Relevanz in der Region durchgeführt. In diesem Artikel wird eine themenbezogene Akteursanalyse mit dem Schwerpunkt auf der Kommunikation und Kooperation innerhalb IKZM-relevanter Themenkomplexe dargestellt und bewertet. Die Themenauswahl erfolgte aus der Erfahrung heraus, dass für ein regionales IKZM konkrete regionale Probleme und Zielstellungen aufgegriffen werden müssen (Dehne & Fichtner 2008a). Daher wurden die vier nachfolgend aufgeführten Themen für die Analyse und Bewertung ausgewählt.

1. Die Trinkwasserversorgung auf der Insel Usedom
2. Die Marina-Standortplanung an der Außenküste der Insel Usedom
3. Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
4. Die Aufstellung von FFH-Managementplänen

Diese Auswahl basiert ferner, ausgehend von den oben genannten Erfahrungen, auf einem durch Hoffmann (2007, 2008) erarbeiteten Problemportfolio. Hoffmann (2007, 2008) hat bei der Erarbeitung von Indikatoren Problembereiche herausgearbeitet und deren Relevanz durch Querschnittsakteure bewerten lassen. Die Betrachtung dieser Auswahl in Verbindung mit den nachfolgend aufgeführten Problembereichen (Hoffmann 2008) verdeutlicht den Zusammenhang oftmals mehrerer Problemfelder mit der Themenauswahl. Die Zahlen zeigen den Zusammenhang der Problembereiche mit den ausgewählten Themen auf.

- Hohe Saisonalität des Tourismus (1)
- Mangelnde Vielfalt und Vernetzung der maritimen Strukturen und Potenziale im Tourismus (1, 2)
- Auswirkungen der Nährstoffeinträge in Küstengewässer (3)
- Hoher Trinkwasserverbrauch durch Urlauber (1, 3)
- Meeresspiegelanstieg und Erhöhung des Risikos von Extremwetterereignissen (1, 3)
- Wasserbedarf oberhalb verfügbarer Angebote (1, 3)
- Rückgang der biologischen Vielfalt, Aussterben einzelner Tier- und Pflanzenarten (4)
- Bedrohung von Merkmalen regionaler (maritimer) Tradition (2)
- Schadstoffeinträge in Küstengewässer (3)
- Beeinträchtigung bzw. Zerstörung küstennaher Habitats (4)
- Beeinträchtigung natürlicher Lebensräume durch Freizeitnutzungen (2, 4)
- Einschränkung der Zugänglichkeit von Stränden (2, 4)

Dass die Auswahl der Themen regional bedeutsam ist, wird neben dem Zusammenhang mit der Erarbeitung von regionalen Indikatoren auch bei Durchsicht der relevanten Planungsdokumente und im Besonderen für die regionalen Themen auch anhand der Presse deutlich. Bei der bisherigen Betrachtung zeigt sich jedoch ein besonderes Problem. Die bedeutendsten Probleme in der Region sind, wie allgemein in peripheren ländlichen Räumen, demographische und wirtschaftliche wie Arbeitslosigkeit, Daseinsvorsorge und soziale Erosion. Daher treten weitere Aspekte zum Teil in den Hintergrund, die jedoch im Zusammenhang mit einem IKZM betrachtet werden müssen. Dieses ist den regionalen Stakeholdern bewusst, jedoch sind die Probleme und deren Betrachtung nachrangig (Dehne & Fichtner 2008, Hoffmann 2008). Diesem Hemmnis konnte bei den durchgeführten Interviews durch die klare Fokussierung auf die Themenauswahl begegnet werden, so dass es auf die Erhebung keinen Einfluss hatte.

Wie die Themenauswahl zeigt, werden sowohl lokale bzw. regionale Themen als auch Themen betrachtet, die regional lediglich umgesetzt werden, aber in einen größeren Rahmen einzuordnen sind. Zu diesem Zweck wird jeweils eine regionale themenbezogene Problemanalyse durchgeführt, die jeweiligen Stakeholder festgestellt und ihre Kommunikation analysiert.

Für die ausgewählten Themen konnte herausgearbeitet werden, dass jeweils unterschiedliche Stakeholder von Relevanz sind. Die unter den Akteuren getroffene Auswahl für die Befragung kann Tab. 1 entnommen werden. Diese Auflistung soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den jeweiligen Fragenkreisen weit mehr Akteure aktiv oder mit diesen auf sonstige Art und Weise verknüpft sind und sein können.

Tab. 1: Befragte Stakeholder nach Themen

Wasserrahmenrichtlinie	FFH- Managementplanung	Trinkwasserversorgung auf der Insel Usedom	Marina Standortplanung auf der Insel Usedom
Amt für Landwirtschaft Ferdinandshof	Amt für Landwirtschaft Ferdinandshof	Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern	Amt für Bau und Wirtschaftsentwicklung des Landkreises Ostvorpommern
biota – Institut für ökologische Forschung und Planung GmbH	Bundesforstamt „Oderhaff“	Naturparkverwaltung Insel Usedom	Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern
Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Güstrow	Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Güstrow	Untere Wasserbehörde des Landkreises Ostvorpommern	Lagunenstadt Ueckermünde AG
Staatliches Amt für Umwelt und Natur Ueckermünde	Landesforst „Neu Pudagla“	Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Insel Usedom	Marina Kröslin GmbH
Untere Wasserbehörde des Landkreises Ostvorpommern	Staatliches Amt für Umwelt und Natur Ueckermünde	Zweckverband Wasser / Abwasser Boddenküste	Naturparkverwaltung Insel Usedom
Wasser- und Bodenverband „Insel Usedom-Peenestrom“			Staatliches Amt für Umwelt und Natur Ueckermünde
Wasser- und Bodenverband „Untere Peene“			Wasser und Schiffahrtsamt Stralsund

Mit Ansprechpartnern der ausgewählten Stakeholder wurden Interviews zur jeweiligen Thematik geführt. Hierzu wurden die Akteure persönlich aufgesucht, um ihnen den Hintergrund der Befragung näher erläutern zu können. In diesem Zusammenhang muss deutlich hervorgehoben werden, dass die ersten Interviews direkt in den Kontext der Forschung für ein integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion gestellt wurden, um den Interviewpartnern den konkreten Hintergrund der Gespräche zu verdeutlichen. Jedoch musste schnell die Erfahrung gemacht werden, dass die befragten Akteure, die in der Regel Fachakteure waren, etwas zur eigentlichen Thematik und ihrem Fragenkreis beisteuern, jedoch den Begriff des IKZM nur selten einordnen konnten. Daher wurde bei späteren Interviews davon Abstand genommen. Dieses war für die Qualität der Interviews förderlich, da der irritierende IKZM-Begriff nicht mehr diskutiert werden musste. Um Querbezüge zwischen den einzelnen Fragenkreisen und Akteuren in der Region festzustellen, wurde jeder Ansprechpartner im Rahmen des Gesprächs auch zu den jeweiligen anderen Themenkomplexen befragt.

Die Befragung diente in der Hauptsache dazu,

- den entsprechenden Fragenkreis mit der jeweiligen Problemsituation zu erfassen,
- den auf den befragten Stakeholder bezogenen Akteurskreis festzustellen,
- die Kommunikationssituation und eventuelle Kooperationsstrukturen herauszuarbeiten und
- weitere Informationen und Querbezüge zwischen den Themen zu gewinnen.

Als Form für die Interviews wurde grundsätzlich das problemzentrierte Interview gewählt, wobei der Freiheitsgrad je nach Akteur individuell und situativ bis hin zum narrativen Interview erhöht wurde (Diekmann 2001). So war es möglich, jeweils eine Vielzahl von Informationen zu erlangen, was angesichts der Komplexität der Themen oder auch der starken Regionalität durch eine andere Erhebungsmethodik nicht hätte gewährleistet werden können. Sowohl die nachfolgende Darstellung

als auch die anschließende Bewertung basiert im Gros auf den durchgeführten Interviews, wobei ergänzende Informationen aus weiteren Quellen einfließen. Bei der nachfolgenden Darstellung der Themen liegt der Schwerpunkt auf den lokalen und regionalen Themen, da sie regional von höherer Bedeutung sind und kontroverser diskutiert werden. Die Bewertung erfolgt im nachfolgenden Kapitel.

### **3 Darstellende Analyse der Themenkomplexe**

#### **Trinkwasserversorgung auf der Insel Usedom**

Aus einer ersten Analyse der Presse und weiterer Quellen ergeben sich mehrere Fragenkomplexe, die das Thema Trinkwasserversorgung auf der Insel Usedom zu einem interessanten Fragenkreis und zu einer betrachteten Thematik der Untersuchung machen. Der erste Punkt ist die Problematik der starken Schwankung des Trinkwasserbedarfs. Diese Schwankung resultiert aus der starken Saisonalität des Tourismus der Insel. So ergibt sich das Problem, dass das Trinkwasser, welches für die Versorgung der einheimischen Bevölkerung ausreichend wäre, zu touristischen Spitzenzeiten knapp wird. Bereits im Sommer 2001 wurde auf der Insel mit ca. 280.000 m<sup>3</sup> ca. 2,3mal so viel Wasser verbraucht wie während der Wintermonate mit ca. 130.000 m<sup>3</sup> (Archiv Ostseezeitung 2001). Der zweite Punkt, der die Situation weiter verschärft, ist das Problem der Wasserqualität im Norden der Insel. Speziell ist hier das Problem eines hohen Mangengehaltes im Wasser zu nennen, so dass es zu Trübungen kommt (Archiv Ostseezeitung 2004, ZV Usedom 2009). Darüber hinaus, jedoch auch im Zusammenhang mit der Qualität stehend, ist das Eindringen von Salzwasser in die Wasserfassungen problematisch, woraus höhere Chloridwerte resultieren und die Wasserfassungen somit nicht mehr nutzbar sind. Der infolge der Klimaerwärmung prognostizierte Anstieg des Meeresspiegels und die damit verbundenen Erhöhung der Gefahr des Eindringens von Salzwasser in die Wasserfassungen (Sterr et al. 1999) verdeutlicht die Notwendigkeit, sich der Problematik zeitnah anzunehmen. Aus dieser Problemanalyse wird bereits der territoriale Umgriff deutlich. Der Fokus liegt auf der Insel Usedom, die, bis vor einigen Jahren ausschließlich aus eigenen Wasserfassungen versorgt, nun auch vom Festland Wasser bezieht. Daher wurde auch der angrenzende Festlandbereich, aus dem bereits heute und potenziell in Zukunft weiteres Wasser bezogen werden kann, in die Betrachtung mit einbezogen. Als die wesentlichen, sich bereits aus diesem Umgriff ergebenden Akteure konnten die Zweckverbände, die Bürgermeister als Vertreter der Gemeinden, die wiederum Mitglieder der Zweckverbände sind, die unteren Wasserbehörden (StAUN – Staatliches Amt für Umwelt und Natur – Ueckermünde, untere Wasserbehörde des Landkreises) und das Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern identifiziert werden. Die Befragung ergab, dass sich die Kommunikation zwischen den Beteiligten auf das Notwendigste beschränkt. Nicht unmittelbar betroffene Akteure oder Bürger werden gar nicht, oder lediglich als Träger öffentlicher Belange, bei eventuellen Scoping-Terminen im Rahmen von Umweltverträglichkeitsstudien beteiligt. Innerhalb der Abteilungen der Behörden und auch der Zweckverbände kann die Kommunikation als gut bezeichnet werden, wobei bereits über die Abteilungen hinaus wenig und speziell über Zuständigkeitsgrenzen (z. B. Kreisgrenzen) hinaus so gut wie keine Kommunikation stattfindet. Wie sich zeigt, liegen die Probleme der Trinkwasserversorgung auf der Insel Usedom in einer partiell qualitativ unzureichenden Versorgung mit Trinkwasser, einer temporär unzureichenden quantitativen Versorgung mit Trinkwasser und in Verbindung damit einer andauernden Überlastung der Grundwasserressourcen mit der Konsequenz der irreversiblen Schädigung der Wasserfassungen. Dieses sind jedoch lediglich Symptome des eigentlichen Problems, das darin liegt, dass das Problem solange ignoriert wird, bis es akut wird, dass an den Symptomen, nicht an den Ursachen angesetzt wird, eine mangelhafte Kommunikation besteht, eine mangelhafte Aufnahmebereitschaft der Informationen seitens der Akteure vorliegt, ein Konkurrenzkampf der Gemeinden und kein konzertiertes Auftreten existiert und der Zweckverband als „in der Pflicht die Versorgung zu gewährleisten“ angesehen, die Verantwortung seitens der Gemeinden also abgegeben wird.

## **Marina-Standortplanung auf der Insel Usedom**

Aus der Analyse der Planungsdokumente und auch der Presse ergeben sich in erster Linie zwei Gründe für einen Hafen an der Außenküste. Der erste Punkt ist die aus wirtschaftlicher Sicht angestrebte Netzlückenschließung, um den Bootsverkehr aus dem und ins Baltikum zu erhöhen. Dadurch erhoffen sich vor allem die wirtschaftlichen Akteure in Form der bestehenden Marinas, aber auch das Wirtschaftsministerium eine Erhöhung der Attraktivität des Reviers und folglich der Nachfrage und Stärkung des Tourismus (Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern 2004). Der zweite Punkt ist die Netzlückenschließung und Etappenverkürzung aus Sicherheitsaspekten (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus 2004, Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2005, Regionaler Planungsverband Vorpommern 2009). Bisher sind an der Außenküste Usedom 33 sm zurückzulegen. Daher werden im Standortkonzept für Sportboothäfen zwei weitere Standorte empfohlen (Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2004). Die Analyse zeigt weiter, dass es auf Usedom bereits eine Reihe von Planungen und Vorhaben gab, von denen jedoch keines umgesetzt werden konnte. Zumindest ein Vorhaben war bereits so weit entwickelt worden, dass das entsprechende Raumordnungsverfahren bei Beschluss der Gemeinde zeitnah hätte eröffnet werden können. Bereits dieser Punkt zeigt die große Bedeutung der Gemeinden, welche die wesentlichen Akteure des Themenkomplex' Marina-Standortplanung sind, da sie die kommunale Planungshoheit ausüben. Hinzu kommt das Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern als die Raumordnungsverfahren durchführende Behörde. Wegen des touristischen Hintergrundes ist auch der Tourismusverband der Insel Usedom ein bedeutender Akteur, da er durch seine Zusammensetzung das ideale Forum für diese Thematik bietet. Der Tourismusverband setzt sich aus Städten und Gemeinden des Landkreises, dem Landkreis selbst und auch gewerblichen, touristischen Unternehmen und weiteren Vereinen zusammen (Tourismusverband Insel Usedom e.V. 2009). Jedoch bietet dieses Forum gleichzeitig auch die Basis für Konflikte, da hier sowohl Befürworter als auch Gegner einer Marina an der Außenküste Mitglieder sind bzw. sein können. Auch bestehende Marinas sind als Akteure interessant, da sie durch eine neue Marina Konkurrenz erhalten können, jedoch der Netzlückenschluss auch für sie Vorteile birgt. In Bezug auf letztere wird bereits ein Defizit bei der Kommunikation deutlich. Die Befragungen haben ergeben, dass die wirtschaftlichen Akteure, was sowohl die bestehenden Marinas als auch potenzielle Investoren einschließt, in den seltensten Fällen in entsprechende Diskussionen einbezogen werden. Auch die Kommunikationsprozesse innerhalb der Gemeinden scheinen sich zum Teil schwierig zu gestalten. Hier ergaben Befragung und Dokumentenanalyse, dass auf der Insel ein starker Konkurrenzkampf um die erste Marina an der Außenküste und in Verbindung damit auch um die Fördergelder für eine solche herrscht. Zwischen den öffentlichen Akteuren ist die Verständigung allgemein gut. Beispielsweise gibt es zwischen der Wasser- und Seeschiffverkehrsverwaltung Stralsund und den StÄUN permanente bilaterale Informationsflüsse hinsichtlich wichtiger Planungen und Genehmigungen und auch Jahresgespräche zwischen der Wasser- und Seeschiffverkehrsverwaltung und den Gemeinden über aktuelle Vorhaben. Die Probleme liegen also wie auch im Fall der Trinkwasserversorgung auf Seite der Gemeinden, wobei in diesem Fall das große Interesse der Bürger und Wirtschaftsakteure ergänzend hinzukommt. Einzelinteressen dominieren den Planungsprozess und eine kontinuierliche Planung existiert nicht.

## **FFH-Managementplanung**

Die FFH-Managementplanung hat zum Ziel, Pläne für FFH-Gebiete aufzustellen, die von besonderer Bedeutung sind. Die Grundlage bildet die Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen. Hier heißt es: „Für die besonderen Schutzgebiete legen die Mitgliedstaaten die nötigen Erhaltungsmaßnahmen fest, die gegebenenfalls geeignete, eigens für die Gebiete aufgestellte oder in andere Entwicklungspläne integrierte Bewirtschaftungspläne und geeignete Maßnahmen rechtlicher, administrativer oder vertraglicher Art umfassen, die den ökologischen Erfordernissen der natürlichen Lebensraumtypen

nach Anhang I und der Arten nach Anhang II entsprechen, die in diesen Gebieten vorkommen“ (Richtlinie 92/43/EWG des Rates, Art. 1 Abs. 1). Hierbei wird eine Bestandsanalyse der Habitate und Arten, zumeist durch beauftragte Büros, durchgeführt. Die Planerstellung erfolgt anhand des Fachleitfadens des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern. Durch das für die Forschungsregion verantwortliche Staatliche Amt für Umwelt und Natur Ueckermünde wurden 46 FFH-Gebiete mit einer Fläche von ca. 66.000 ha gemeldet. Für welche Gebiete ein Managementplan erarbeitet wird, richtet sich nach der Prioritätenliste des Fachleitfadens Managementplanung in Natura 2000-Gebieten (Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern 2008). Die gemeldeten Gebiete definieren den jeweiligen engeren räumlichen Umgriff. Anders als bei den vorherigen, regionalen Themenkomplexen ergibt sich der zu informierende und zu beteiligende Akteurskreis im Grundsatz nicht eigenständig durch Interesse oder Betroffenheit, sondern ist im Fachleitfaden Managementplanung in Natura 2000-Gebieten generalisiert festgelegt. Hinzu kommt, dass dort ebenfalls die Bildung einer Arbeitsgruppe bestimmt wird. Die Akteurszusammensetzung differiert jeweils in Abhängigkeit des aufzustellenden Plans und den entsprechend betroffenen Akteuren. Bezüglich der konkreten Maßnahmendiskussion werden verschiedene Unterarbeitsgruppen gebildet, um die individuellen Bedenken und Sorgen der Akteure in kleinerem fachlichen Rahmen diskutieren, und einen Konsens herstellen zu können. Dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher Interessen wurde zudem bei Informations- und Koordinationsveranstaltungen durch den Einsatz eines Moderators begegnet. Anders als bei den bisher betrachteten Themen gibt es keine dominierenden Einzelinteressen, die einer Aufstellung der Pläne entgegensteht.

### **Wasserrahmenrichtlinie**

Die Wasserrahmenrichtlinie hat das Ziel, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, mit der Konsequenz, dass die Gewässer Europas bis zum Jahr 2015 die Bewirtschaftungsziele der Richtlinie erreichen sollen. Im Vorfeld stehen die Bestandsaufnahme, die Erarbeitung von Monitoringprogrammen und die Aufstellung sowohl der Bewirtschaftungspläne als auch der Maßnahmenprogramme. Hinzu kommen weitere ergänzende Aspekte. Dazu greift die Wasserrahmenrichtlinie auf das neue Konzept einer flusseinzugsgebietsbezogenen Bewirtschaftung, welches naturräumlich definiert ist und somit über administrative Grenzen hinausgeht, zurück. Daher befinden sich im Forschungsgebiet sowohl Gewässer der Flussgebietseinheit (FGE) Oder wie auch der FGE Warnow/Peene. Innerhalb der Flussgebietseinheiten werden weitere Unterbereiche definiert. Dahingehend wird der Bereich der FGE Oder in Mecklenburg-Vorpommern durch das Bearbeitungsgebiet Uecker/Zarow und der Bereich der FGE Warnow/Peene durch die Bearbeitungsgebiete Peene und Küstengebiet Ost eingeteilt (LUNG 2009). Wie bei der FFH-Managementplanung ist auch für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sowohl die Zuständigkeit der Behörden, als auch die Beteiligung durch einen Erlass des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern geregelt. Ebenfalls ist die Bildung eines Arbeitskreises zur Unterstützung der StÄUN als federführende Behörde vorgeschrieben (Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern 2005). Die Information der Öffentlichkeit und auch die Beteiligung interessierter Stakeholder ergeben sich aus Artikel 14 der Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG). Die aufgeführten Aspekte spiegeln auch eine Mehrschichtigkeit wider, die darin begründet liegt, dass sich einerseits die an die EU gemeldeten Bewirtschaftungspläne auf einem generalisierten Niveau bewegen und auch die Maßnahmenprogramme auf die Flussgebietseinheiten bezogen und somit sehr abstrakt formuliert sind, andererseits jedoch die konkreten Maßnahmen, die nach der Defizitanalyse in den lokalen Arbeitsgruppen erarbeitet und diskutiert wurden, einzelfallbezogen und verortet sind. Aus diesen zwei Betrachtungsebenen ergeben sich auch zwei unterschiedlicher Kommunikationspfade. Einerseits besteht hier die vorgeschriebene vertikale Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden, und darüber hinaus die Kommunikation, die sich seitens der mit der Bewirtschaftungsvorplanung beauftragten Büros innerhalb der betrachteten Gebietseinheiten mit den vor Ort betroffenen Stakeholdern abspielt. Daher existieren genau betrachtet auch zwei getrennte Akteurskreise, die über die Planungsbüros als Schnittstelle verbunden sind.

Bereits aus der Darstellung der Themenkomplexe wird deutlich, dass einerseits die Themen Trinkwasserversorgung und Marina-Planung auf Usedom und andererseits die Themen Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und Aufstellung der FFH-Managementpläne deutliche Gemeinsamkeiten aufweisen. Diese Gemeinsamkeiten werden in der nachfolgenden Bewertung zunehmend deutlicher. Im gleichen Zusammenhang kann auch festgestellt werden, dass es bedeutende Unterschiede zwischen den regionalen und überregionalen Themen gibt. Während die überregionalen Themen Wasserrahmenrichtlinie und FFH-Managementplanung relativ konfliktarm sind, sind die Konflikte innerhalb der Themenkomplexe Trinkwasserversorgung und Marina-Standortplanung gravierend. Zudem konnte aufgezeigt werden, dass es speziell bei den regionalen Themen Defizite bezüglich Kommunikation und Kooperation gibt. Diese Sachverhalte sollen nachfolgend näher erörtert und bewertet werden.

## **4 Bewertung der Themenkomplexe**

### **Wasserrahmenrichtlinie**

Wie die Analyse zeigt, ist die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie stark formalisiert und wird durch öffentliche Akteure dominiert. Konflikte und Probleme konnten somit einerseits im zwischenbehördlichen Bereich, und andererseits einzelfallbezogen identifiziert werden, wobei dieser Bereich erst mit der bisher noch nicht begonnenen konkreten Umsetzung von Maßnahmen relevant werden wird. Im zwischenbehördlichen Bericht zeigt sich die Kommunikation zwischen einzelnen Behörden als problematisch, die mit derselben Problematik befasst sind, jedoch in bestehenden Einzelstrukturen denken und handeln. Dieses kann dazu führen, dass Maßnahmen weniger effizient und effektiv umgesetzt werden, als dieses möglich wäre. Darüber hinaus existiert ein Konflikt zwischen der eigentlichen Umsetzung der Ziele und der Verpflichtung zur Berichterstattung gegenüber der Europäischen Union, wodurch die gemeldeten Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme so allgemein gefasst sind, dass der einzelne interessierte Bürger kaum Informationen für seine Betroffenheit ableiten kann. Dieses spiegelt sich in allgemeinem Desinteresse der breiten Bevölkerung wider. Einzelfallbezogene Konflikte hängen weniger mit der Kommunikation als mit Eigentumsverhältnissen und einzelnen Personen zusammen. Als positiv ist nach Aussage der Akteure anzumerken, dass die Wasserrahmenrichtlinie dazu geführt hat, dass sich die beiden Bereiche Naturschutz und Wasserwirtschaft, die im Grunde genommen mit der gleichen Materie befasst sind, diese aber unterschiedlich interpretieren, mit dem jeweils anderen Bereich befassen und diese aufeinander abstimmen müssen. Jedoch gibt es hierbei noch gelegentlich Probleme, die sogar darin münden können, dass die Wasserbehörde erst im Rahmen eines Genehmigungsprozesses mit Maßnahmen vertraut gemacht wird, doch nicht bereits im vorbereitenden Planungsprozess. Es werden also die eigentlich vorhandenen Synergieeffekte nach wie vor nicht ausgenutzt. Dass dieses kein Problem der regionalen Akteure ist, zeigt die Tatsache, dass diesbezüglich Tagungen, beispielsweise durch die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, abgehalten werden, um die Akteure zu sensibilisieren. Durch eine engere Zusammenarbeit könnte beispielsweise das Problem behoben werden, dass die untere Wasserbehörde zum Teil über ein sehr beschränktes Budget verfügt und somit Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nicht anstoßen kann. Die Naturschutzbehörde jedoch verfügt über Gelder aus Ausgleichsmaßnahmen, die in Absprache mit der Wasserbehörde beide Bereiche abdecken und somit aus Sicht einiger Akteure einen höheren Nutzen generieren könnte. Hinsichtlich der konkreten, bei der Umsetzung von Maßnahmen auftretenden Probleme bietet die Flurneuordnung eine effektive Möglichkeit die Maßnahmen zu realisieren und die benötigten Flächen für beispielsweise die Wiederherstellung eines natürlichen Flussverlaufs oder eine Entrohrung von Gewässern zu beschaffen. Jedoch muss hier die Langfristigkeit der Verfahren beachtet werden. Generell wird durch die Akteure als positiv angemerkt, dass der Zwang zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie dazu geführt hat, dass die Akteure miteinander über die Materie kommunizieren, was sich auch allgemein in einer besseren zwischenbehördlichen Kommunikation

niederschlagen kann. Dass der einzelne Bürger kaum Interesse an der Materie zeigt, ist für die Umsetzung nicht hemmend, da die konkret zu ergreifenden Maßnahmen individuell mit den Betroffenen und nicht mit der Allgemeinheit verhandelt werden müssen.

### **FFH-Managementplanung**

Anders als bei der Wasserrahmenrichtlinie gibt es in diesem Themenkomplex allgemein eine gute übergreifende Kommunikation. Im für die Region verantwortlichen StAUN Ueckermünde hilft bei der Umsetzung der Planung und der Vermeidung von Konflikten die Zusammenarbeit mit Mitarbeitern anderer Abteilungen, denen relevante Akteure wie Landwirte bereits aus anderen Zusammenhängen bekannt sind. So können sie die Mittlerrolle übernehmen. Daher traten größere Konflikte laut Aussage des StAUN Ueckermünde bislang nicht auf und die Planaufstellung erfolgte im Einvernehmen mit den Stakeholdern. Potenzielle Probleme, wie eine touristische Nutzung in Einklang mit den gewünschten Schutzmaßnahmen eines FFH-Gebietes zu bringen, können beispielsweise durch freiwillige Befahrensregelungen von Gewässern behoben werden. Anzunehmende Konflikte mit Landwirten bestehen bislang nicht, da diese in den Prozess einbezogen werden, auf den betroffenen Flächen bereits ohnehin extensiv wirtschaften und beispielsweise über Pflegemaßnahmen einbezogen werden können. Unabhängig von potenziellen Konflikten wurde durch Akteure bemängelt, dass sie nicht umfassend und früh genug in den Prozess mit einbezogen worden seien, wodurch aufgetretene Fehler bereits frühzeitig hätten vermieden werden können. Dieses liegt jedoch nach Aussage der Akteure weniger am Vorgang selbst, als vielmehr an den unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen der Behörden und dem damit verbundenen indirekten Kommunikationswegen. Abstimmungsprozesse sind dadurch zum Teil komplizierter und zeitintensiver als sie sein müssten. Ein genannter negativer Aspekt, der durch die systematische Planaufstellung und Erfassung, die in den meisten Fällen durch entsprechende Fachbüros durchgeführt wird, auftritt, ist die teilweise Verdrängung ehrenamtlicher Naturschützer. Diese ziehen sich zum Teil aus dem aktiven Naturschutz zurück, weil sie die komplexe Berichterstattung nicht leisten können bzw. die Büros hier eine dominante Stellung einnehmen.

### **Trinkwasserversorgung auf der Insel Usedom**

Die zentralen Problempunkte hinsichtlich der Trinkwasserversorgung bestehen nicht darin, dass die Versorgung nicht mit technischen Mitteln realisierbar wäre. Auch sind mögliche Lösungen bereits angedacht, geplant oder in der Umsetzung befindlich. Jedoch greifen diese meist zu kurz oder mildern lediglich Symptome. An den Ursachen, dass die Trinkwasserversorgung zum Politikum geworden ist, hinter Partikularinteressen der einzelnen Akteure zurückstehen muss, und dass Siedlungsentwicklung und Stärkung des Tourismus auf der Insel den Vorrang haben und diese Entwicklung mit einem sanften Tourismus nichts gemein hat, wird nicht angesetzt. Vor diesem Hintergrund wird das seitens des Leiters der Trinkwasserversorgung thematisierte Problem und der Versuch, dieses innerhalb des Verbandes zu kommunizieren, durch die Gemeindevertreter ignoriert. Vielmehr versuchen diese, ihre Interessen durchzusetzen und im zwischengemeindlichen Wettbewerb die größten Vorteile zu erlangen. Eine gemeinsame Strategie der Gemeinden ist nicht vorhanden. Hierbei ist einerseits das starke Gefälle zwischen den Gemeinden an der Außenküste und den Gemeinden am Achterwasser und am Haff hinsichtlich der touristischen Nachfrage, andererseits die Konkurrenz zwischen den Gemeinden mit vergleichbaren Voraussetzungen, vornehmlich im Tourismusschwerpunktraum, Hinderungsgrund für eine gemeinsame Strategie. Um die Problematik der Trinkwasserversorgung auf Usedom zu lösen, bedarf es jedoch der gemeinsamen Anstrengung einer Vielzahl von Akteuren und der Vereinbarkeit von unterschiedlichen Interessenlagen. Der Ansatz eines integrierten Küstenzonenmanagements kann mit seinen Grundsätzen einen Ansatzpunkt bieten, dieses Problemfeld durch Konsens der beteiligten Akteure zu entschärfen. Die Trinkwasserproblematik ist zudem eine, die nur überterritorial lösbar ist. Ein erster Schritt in Richtung Kommunikation und Kooperation ist durch den Bau der Trinkwasserleitung und die Versorgung vom Festland aus getan. Jedoch ist auch deutlich geworden, dass es weiterer Anstrengung bedarf, um die Trinkwasserversorgung dauerhaft und nachhaltig sicherzustellen. Ein sich darstellendes Dilemma liegt in der gemeindlichen Interessenlage,

die dem Trinkwasserschutz bzw. der Trinkwasserversorgung unter Umständen eine zu geringe Bedeutung zubilligt. Da die Bürgermeister einerseits ihre Gemeinden entwickeln wollen, jedoch gleichzeitig als Vertreter im Zweckverband sitzen, stehen sie vor der Entscheidung, ob sie dem Ziel der Gemeindeentwicklung oder der Trinkwasserversorgung den Vorzug geben. Dieser Ansatz führt auch zu dem Punkt, dass, wie auch bei der Thematik Marina-Planung deutlich wird, keine Einigkeit herrscht, wie und wo die Insel entwickelt werden soll. Da Investitionen immer auch mit zukünftigen Einnahmen für die Gemeinden und möglicherweise Arbeitsplätzen einhergehen, ist das Interesse der Bürgermeister, ihre Gemeinden möglichst gut zu entwickeln, nachvollziehbar, sei es durch ein Hotel, einen Sportboothafen oder auch einen Golfplatz. Zudem ist bisher, außer einer spürbaren Druckminderung zur Hauptsaison, noch keine Situation eingetreten, dass die Wasserversorgung nicht mehr gewährleistet oder ein neues Gebäude oder Baugebiet nicht erschlossen werden konnte. Ein weiteres Problem liegt sicherlich auch darin begründet, dass es in Deutschland in der Regel keine Versorgungsprobleme mit Trinkwasser gibt und der Bürger somit hinsichtlich eines Versorgungsengpasses nicht sensibilisiert ist. Diese mangelnde Wahrnehmung und Sensibilisierung der Touristen auf Usedom bedingt einen sehr hohen Trinkwasserverbrauch, der sich auf die Gesamtversorgungssituation der Insel auswirkt. Eine Sensibilisierung der Touristen für eine nachhaltig Nutzung der Ressource Trinkwasser liegt im Interesse der gesamten Insel und sollte vor allem durch die tourismusstarken Gemeinden gefördert werden. Erforderlich für eine Sicherstellung der Trinkwasserversorgung der Insel Usedom sind die Bereitstellung, Kommunikation und Aufnahme der relevanten Informationen durch die Akteure, das gemeinsame Agieren der Gemeinden, die Erarbeitung einer gemeinsamen, langfristigen Strategie für die ganze Insel, die Zurückstellung der Eigeninteressen hinter das Wohl der (Insel-)Gemeinschaft, die enge Zusammenarbeit aller Akteure mit dem Zweckverband und die Sensibilisierung der Touristen für eine nachhaltige Trinkwassernutzung. Vor allem ist jedoch die Akzeptanz der Akteure notwendig, dass ein „Problem Trinkwasserversorgung“ besteht, das Bewusstsein, das dieses Trinkwasserproblem alle betrifft und die Einsicht, dass eine Lösung nur gemeinsam erreicht werden kann.

### **Marina-Standortplanung auf der Insel Usedom**

Ein ähnlicher Sachverhalt stellt sich auch in Bezug auf die Marina-Standortplanung auf der Insel Usedom dar. Hier steht seit einigen Jahren eine Marina an der Außenküste der Insel zur Diskussion. Auch wurden bereits Konzepte erarbeitet und Projekte entwickelt, wobei bisher keines umgesetzt werden konnte. Gespräche mit dem Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern haben ergeben, dass zumindest für ein Planungsvorhaben fast alle Planungsunterlagen für ein Raumordnungsverfahren beigebracht worden sind, dieses jedoch durch die entsprechende Gemeinde wegen Uneinigkeit innerhalb des Gemeinderates nicht eröffnet wurde. Die Eröffnung war zu diesem Zeitpunkt bereits in der Presse angekündigt worden. Es zeigte sich durch die verschiedenen Planungen, dass weder innerhalb der Gemeinde Heringsdorf noch inselweit ein Konsens über einen Standort existiert. Vielmehr handelte es sich bisher um einen Wettlauf der Kommunen um Fördermittel für die Marina. Neben gemeindeinternen Unstimmigkeiten fanden angestrebte Planungen auch bei der Bevölkerung keinen Rückhalt, die entsprechende Planungen durch Bürgerentscheid beendeten. Bei näherer Betrachtung ist die Vielzahl von Konfliktfeldern überwiegend auf Raumnutzungskonflikte zurückzuführen. Diese Konfliktfelder sind beispielsweise die Konkurrenz mit dem Strand- und Badetourismus, Konflikte mit dem Naturpark und Schutzgebieten und innerkommunale Konflikte. Bezüglich des Strand- und Badetourismus werden die Bedenken einiger Akteure nachvollziehbar, wenn man sich verdeutlicht, dass annähernd 96% der Übernachtungen auf die Gemeinden an der Usedomer Außenküste entfallen, die vom Strand- und Badetourismus profitieren. Hinzu kommt, dass dieser Strand als Alleinstellungsmerkmal gilt. Auch unter den Tourismusakteuren gibt es differierende Standpunkte. Während sich einige Akteure von einer Marina die Erweiterung des touristischen Angebotes erhoffen und dadurch auch weitere Touristen anziehen hoffen, befürchten andere Akteure, dass diese den Verlust an Badegästen nicht kompensieren könnten. Eine vergleichbare Meinung wird auch seitens des Naturparks vertreten, wobei durch die Verwaltung

deutlich Stellung gegen eine Marina an der Außenküste bezogen wird. Hinsichtlich der innerkommunalen Konflikte zeigt sich, dass es selbst innerhalb einer Gemeinde wie Heringsdorf nicht möglich scheint, sich auf ein gemeinsames Projekt oder einen Standort festzulegen (Archiv Ostseezeitung 2007). Bei den vorhandenen Marinas existiert eine ambivalente Haltung bezüglich eines Hafens an der Außenküste. Einerseits erhofft man sich zunehmend mehr Etappensegler und somit eine verbesserte Auslastung der eigenen Standorte, andererseits befürchtet man, dass eine errichtete Marina auch Kunden abziehen kann. Es wird also für einen Hafen, ggf. in Form eines Wasserwanderrastplatzes, plädiert, jedoch gegen eine Marina mit entsprechender Ausstattung. Ein Schritt, die existierenden Konflikte und Unsicherheiten zu überwinden, wird durch das Aufstellen des Integrierten Regionalen Entwicklungskonzeptes Maritimer Tourismus realisiert, in welchem auch nach objektiven Kriterien Standorte für eine Marina bewertet werden sollen. Hierfür hat auch der Tourismusverband sein Mitwirken und seine Unterstützung beschlossen. Ein weiterer Schritt ist die beauftragte Suche eines geeigneten Standortes für eine Marina an der Außenküste. Ob durch diese Empfehlungen jedoch der Konkurrenzkampf der Gemeinden unterbunden werden kann oder diese eventuell gegen die Planung einer anderen Gemeinde vorgehen, bleibt abzuwarten. Hier stehen die Einzelinteressen der Gemeinderäte und Bürgermeister, aber auch die Interessen der Bürger entgegen, die sich zum Teil sehr klar gegen die Marinaplanung aussprechen und dieser Ablehnung bereits in mehreren Bürgerbefragungen und -begehren Ausdruck verliehen haben. Gerade in Bezug auf potenzielle Eingriffe in Zusammenhang mit dem Strand muss die Kommunikation gestärkt werden, da hier sowohl die vom Strand- und Badetourismus abhängigen Wirtschaftsakteure als auch Bürger und Touristen durch Planungsvorhaben verunsichert und aus dieser Verunsicherung heraus gegen jegliche Planung sind. Sehr wahrscheinlich ist aus bisheriger Erfahrung und nach Einschätzung der Akteure, dass ohne Planungssicherheit, die die entsprechende Standort-Gemeinde herstellen muss, kaum ein weiterer Investor bereit sein wird, in planerische Vorleistung zu gehen. Bisherige Investoren haben sich nach jahrelangen Planungen ohne Erfolgsaussichten zurückgezogen. Hinsichtlich der Kommunikation kann festgehalten werden, dass abgesehen von den durch persönliche Differenzen zum Teil handlungsunfähigen Gemeinden, der öffentlichen Verwaltung und den verantwortlichen Stellen wie WSV, dem StAUN Ueckermünde und dem Regionalen Planungsverband Vorpommern eine gute Kommunikationskultur in Bezug auf die Marina-Planung bescheinigt werden kann. Hier wurden keine hemmenden Einflüsse, sondern eine gute Kommunikation festgestellt.

Abschließend lässt sich sagen, dass anders, als bei dem überwiegend durch Institutionen gestalteten Prozess der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, im Falle der Marina-Planung auch Bürger und Wirtschaftsakteure stark in den Prozess mit einbezogen werden müssen. Eine klare und offene Informationspolitik aller in diesem Kontext beteiligten Akteure ist unbedingt notwendig, wenn die Realisierung einer Marina an der Usedomer Außenküste gelingen soll.

## **5 Konklusion und Gesamtbewertung**

Wie die Untersuchungen ergaben, kann hinsichtlich der Kommunikationskultur eindeutig zwischen den regionalen Themen und den richtliniengesteuerten Themen unterschieden werden. Während die Umsetzungsverpflichtung der Richtlinien für eine durchdachte und vorgeschriebene Beteiligungs- und Kommunikationsstruktur in den Regionen sorgt und auch Ansprechpartner und Verantwortungsträger benennt, ist das bei den aus regionalem Kontext erwachsenen Themen keinesfalls der Fall. Hier bilden sich die Akteursgruppen auf freiwilliger Basis und bringen sich aus Eigeninitiative in die Diskussion ein. Jedoch gewinnt dadurch auch eine Vielzahl individueller Sichtweisen an Bedeutung.

In Bezug auf die fachübergreifende Kommunikation und Kooperation zeigt sich, dass diese zum Teil existiert und hinsichtlich der fachlichen Unterstützung für die Aufstellung der Pläne unumgänglich ist. Auch hierbei muss zwischen den regionalen und den überregionalen Themen unterschieden werden.

Hinsichtlich der beiden untersuchten richtliniengesteuerten europäischen Themen ist das deutlichste Hemmnis laut Aussage der Akteure die fachlich unterschiedliche Sichtweise. Dieses Problem tritt bei

den untersuchten Themen insbesondere dort zu Tage, wo Bereiche des Naturschutzes mit denen des Wasserbaus zusammenfallen, wie sowohl bei der Untersuchung der Wasserrahmenrichtlinie als auch der FFH-Managementplanung. Hier wird beispielsweise aus Sicht des Naturschutz der Wasserbau nach wie vor zu technisch gesehen und wasserbauliche, renaturierende Eingriffe wenig beachtet. Jedoch kann als ein deutliches Ergebnis festgehalten werden, dass nach Einschätzung aller Akteure in den Fragenkreisen Wasserrahmenrichtlinie und FFH-Managementplanung, diese in den entsprechenden Bereichen trotz der differierenden Sichtweise themenübergreifend zusammenarbeiten müssen. Es wurde aber auch die Einschätzung vertreten, dass diese Zusammenarbeit bisher nicht das Niveau erreicht hat, welches für einen reibungslosen Ablauf notwendig wäre. Der Einsatz der Arbeitskreise in den beiden Themen hat die notwendige Kommunikation angeregt. Nur eine verbesserte Kommunikation kann dazu führen, dass das gegenseitige fachliche Verständnis wächst und Synergieeffekte genutzt werden können. Diesem Ansatz zur Verbesserung der Kommunikation steht ein grundsätzlicher Punkt, der durch alle befragten Behörden zu Bedenken gegeben wird, entgegen. Dieses ist der Personalabbau und Personalmangel, so dass das behördliche Handeln auf das notwendige bzw. die Pflichtaufgaben beschränkt werden muss. Früher durchgeführte gemeinsame Termine wie beispielsweise eine Grabenschau und ähnliches Kommunikation und Verständnis fördernde Aktivitäten können nicht mehr freiwillig wahrgenommen werden, sondern lediglich bei Vorliegen der Verpflichtung. Private Akteure spielen bei der Kommunikation in beiden Themenfeldern bisher nur eine untergeordnete Rolle.

Bei den Themen Trinkwasserversorgung und Marina-Planung ist die Situation eine andere. Hier steht nicht die Umsetzung und Zielerreichung nach Vorschrift im Vordergrund, sondern es dominieren die Einzelinteressen von Personen und Unternehmen, aber auch von Parteien und Vereinen. Auch die Bürger, die anders als bei den EU-Themen ein starkes Interesse aufweisen, bringen sich in den Prozess ein. Hier ist das Problem die fehlende Bereitschaft einzelner Akteure zur konstruktiven Kommunikation, denn Lösungsansätze (Trinkwasser) oder -vorschläge (Standortplanung) existieren bereits zum Teil in mehrfacher Ausführung, werden jedoch regelmäßig blockiert. Es zeigt sich also, dass hier eine umfassende Kommunikation existiert, diese jedoch den Prozess nicht befördert. Auch kann ebenso festgestellt werden, dass Kommunikation nicht grundsätzlich zur Konfliktlösung beiträgt.

Was bei den übergreifenden Themen wie der Wasserrahmenrichtlinie und der FFH-Managementplanung durch die Vorgabe der entsprechenden Erlasse und Richtlinien geregelt ist, gelingt mangels Vorschriften bei den lokalen Themen nicht. Daher können die untersuchten kleinräumigen Fragenkreise im Zusammenhang mit dem IKZM als interessanter angesehen werden, da es hier kein vorgeschriebenes Prozedere gibt, nach welchem sich die Akteure richten müssen. Dadurch treten auch eine Vielzahl individueller Konflikte auf, deren Lösungen jedoch innerhalb eines sich individuell zusammensetzenden Akteurskreises erarbeitet und ausgehandelt werden müssen. Deutlich ist, dass es bei den durch europäische Richtlinien gesteuerten Themen wenig Notwendigkeit zum Eingreifen gibt. Die bestehenden Vorgaben determinieren den räumlichen und zeitlichen Rahmen, geben die einzubeziehenden Akteure vor und legen den Konsens als anzustrebendes Ziel fest. Bezüglich der regionalen Themen existieren keine Vorgaben und ohne die Absicht der Akteure, ein gemeinsames Ziel zu definieren, wären auch Arbeitsgruppen nicht sinnvoll einsetzbar. Hier können ein gezielter Eingriff und eine Förderung der Kommunikation durchaus sinnvoll sein.

## **6 Kommunikation? Ja. Themenübergreifend? Nein.**

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Suche nach Kommunikation und Kooperation als durchaus erfolgreich angesehen werden kann. Sie existiert bereits in vielfältiger Form innerhalb der einzelnen Themenkomplexe, teils aufgrund von Vorschriften, teils aufgrund persönlichen Interesses Einzelner. In den formalisierten Themen ist sie klar strukturiert und folgt in der Regel dem Verwaltungshandeln. In den Themen ohne Umsetzungsverpflichtung erfolgt die Kommunikation in vielfältiger Weise, relativ diffus und in starker Abhängigkeit von den beteiligten Stakeholdern.

Jedoch bleibt anzumerken, dass eine themenübergreifende Kommunikation, wenn auch die Notwendigkeit oder der Nutzen zum Teil durch die Stakeholder selbst erkannt wird, kaum stattfindet und wenn, dann eher bezogen auf den Einzelfall und nicht dem iterativen Gedanken eines IKZM folgend, darüber hinaus und mit Kontinuität. Dieses kann zum Teil darauf zurückgeführt werden, dass ein übergreifendes Engagement seitens der Fachakteure angesichts knapp bemessener Arbeitskraft kaum zu leisten und seitens der privaten und privatwirtschaftlichen Akteure nur dann zu erwarten ist, wenn sich diese dadurch Vorteile erhoffen.

Wie die Analyse weiter gezeigt hat, fehlt in der Region ein, die lokalen Themen übergreifender, größerer Kristallisationspunkt. Zur Förderung der Kommunikation und Kooperation im Zusammenhang mit einem IKZM sollte daher versucht werden, entsprechende thematische Schnittstellen zu finden, die Querbezüge herstellen und einen möglichst breiten Akteurskreis in der Region einbeziehen. Diese Schnittstelle könnte der Tourismus bilden, da viele Akteure mit diesem direkt oder indirekt verknüpft sind und viele regionale (Raumnutzungs-)Konflikte mit diesem zusammenhängen oder durch diesen bedingt werden. Jedoch muss zu bedenken gegeben werden, dass das regionale Schlüsselthema Tourismus nicht universell, sondern regionsspezifisch ist. Andere IKZM-Ansätze erfordern daher differente und individuelle regionale Ansätze, die an den jeweiligen Raum und die jeweilig relevanten Themen angepasst sein müssen. Mit dem Schlüsselthema Tourismus kann eine Basis geschaffen werden, vor dessen Hintergrund die Akteure einen entsprechenden Prozess gestalten können und somit das IKZM aus diesem Prozess heraus entstehen kann und nicht aufgesetzt wird. Im Sinne des iterativen und integrativen Ansatzes eines IKZM muss ein kontinuierlicher Prozess angestoßen werden, der über einzelne Themen und Zuständigkeiten hinausgeht.

Bei der Implementierung eines regionalen IKZM stellt sich weiter die Frage, in welcher Form diese geschehen soll und ob eine Institutionalisierung sinnvoll wäre – zumal das IKZM einen informellen Charakter hat. Jedoch besteht das Problem, dass das Thema IKZM überaus komplex und unter den Stakeholdern sowohl auf Seite der Fachplanungen als auch der Privatwirtschaft unklar oder sogar unbekannt ist. Will man erreichen, dass innerhalb eines Küstenraumes Themen interdisziplinär bzw. akteursübergreifend und in einem kontinuierlichen Prozess behandelt werden, so ist es unabdingbar, dass IKZM einen höheren Bekanntheitsgrad erlangt oder eine ausführende Institution geschaffen wird, die mit IKZM vertraut ist und somit im Sinne eines solchen das Management übernehmen kann. In diesem Zusammenhang muss den Akteuren, insbesondere den Fachakteuren, jedoch deutlich gemacht werden, dass sie ein IKZM weder von Ihren Aufgaben entbindet, noch dass IKZM eine neue Hierarchieebene bildet. Es muss transportiert werden, dass dieses IKZM als regional unterstützender und vor allem informeller Gesamtrahmen die existierenden Institutionen und Instrumente ergänzt, aber keinesfalls ersetzt und einen konstruktiven Kommunikationsprozess anstoßen und begleiten kann, ihn aber nicht ohne den engagierten Einsatz der lokalen Stakeholder zu verstetigen vermag.

## Literatur

- Archiv Ostseezeitung (2001): Tolxdorff: Trinkwasser der Insel reicht. 1. August 2001.
- Archiv Ostseezeitung (2004): Trübes aus dem Wasserhahn. 5. Februar 2004.
- Archiv Ostseezeitung (2007): X-ter Anlauf für Marina in Heringsdorf. 15. März 2007.
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2006a): Nationale Strategie für ein integriertes Küstenzonenmanagement. Bonn, 99S.
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2006b): Bestandaufnahme und Schritte zu einer nationalen IKZM-Strategie, Kurzfassung. Berlin, 12 S.
- Dehne, P. & T. Fichtner (2008a): Empfehlungen zur Weitergestaltung der Nationalen IKZM-Strategie der Bundesrepublik Deutschland. IKZM-Oder Berichte 42, 8. S.
- Dehne, P. & T. Fichtner (2008b): Empfehlungen für die Implementierung eines Integrierten Küstenzonenmanagements in der Odermündung. IKZM-Oder Berichte 48, 13 S.

- Diekmann, A. (2001): Empirische Sozialforschung – Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg, 640 S.
- Hoffmann, J. (2007): Problemorientierte Indikatoren für ein IKZM in der Region Odermündung (deutsche Seite). IKZM-Oder Berichte 33, 80 S.
- Hoffmann, J. (2008): Probleme der Küste als Grundlage eines IKZM-Prozesses. IKZM-Oder Berichte 50, 30 S.
- LUNG – Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie MV (2009): Wasserrahmenrichtlinie in Mecklenburg-Vorpommern, [www.wrrl-mv.de](http://www.wrrl-mv.de), 10. Oktober 2009.
- Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (2004): Standortkonzept für Sportboothäfen an der Küste Mecklenburg-Vorpommerns.
- Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (2005): Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern.
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (2008): Fachleitfaden „Managementplanung in Natura 2000-Gebieten“, Version 2.
- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus (2004): Landestourismuskonzeption Mecklenburg-Vorpommern 2010.
- Regionaler Planungsverband Vorpommern (2009): Regionales Raumentwicklungsprogramm Vorpommern – Entwurf ([www.rpv-vorpommern.de/fileadmin/dateien/dokumente/pdf/RREP-Entwurf\\_2009/RREP\\_VP\\_020709.pdf](http://www.rpv-vorpommern.de/fileadmin/dateien/dokumente/pdf/RREP-Entwurf_2009/RREP_VP_020709.pdf), 28. August 2009).
- Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.
- Richtlinie 2000/60/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich Wasserpolitik.
- Sterr, H., V. Ittekkot & R.J.T. Klein (1999): Weltmeere und Küsten im Wandel des Klimas. Petermanns Geographische Mitteilungen 143: 24–31.
- Tourismusverband Insel Usedom e.V. (2009): Satzung 2009. [www.tviu.de/images/satzung\\_2009.pdf](http://www.tviu.de/images/satzung_2009.pdf), 6. August 2009.
- Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern (2005): Neufassung des Erlasses zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Mecklenburg-Vorpommern.
- Wirtschaftsministerium für Mecklenburg-Vorpommern (2004): Praxisleitfaden für Sportboothäfen, Marinas und Wasserwanderrastplätze in Mecklenburg-Vorpommern.
- ZV Usedom (Zweckverband Wasserversorgung & Abwasserbeseitigung Insel Usedom) (2009): Unternehmensinformation ([www.zv-usedom.de/index.php?id=9](http://www.zv-usedom.de/index.php?id=9), 20. Juli 2009).

## Danksagung

Der Beitrag ist im Rahmen des Projektes „Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion“ entstanden und wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF 03F0475B) gefördert.

## Adresse

Tim Barkmann  
 Hochschule Neubrandenburg  
 SG Landschaftsarchitektur und Umweltplanung  
 Brodaer Straße 2  
 17033 Neubrandenburg, Germany

[barkmann@hs-nb.de](mailto:barkmann@hs-nb.de)